



Bericht über die Menschenrechtsarbeit 2010

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen
Tel. 0551 499 060 – Fax 0551 58020
E-Mail: info@gfbv.de – www.gfbv.de

Dem **Vorstand** der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland gehörten im Geschäftsjahr 2010, in dem am 9. Oktober turnusgemäß Neuwahlen durchgeführt wurden, folgende Personen an:

Udo Fahlbusch (Bodenfelde) bis 9.10.2010
Harald Klein (Freiburg i. Breisgau), benannt seit 19.04.2010
Heinz Nawratil (Friedberg (Bay)) bis 19.04.2010
Maria Sido (Bonn) bis 9.10.2010
Irina Wießner (Hermannrode) bis 9.10.2010
Tilman Zülch (Göttingen), Bundesvorsitzender bis 9.10.2010

Dr. James Albert (Göttingen), stellv. Bundesvorsitzender seit 9.10.2010
Dr. Uwe Betjen (Göttingen) seit 9.10.2010
Harald Klein (Freiburg i. Breisgau), Bundesvorsitzender seit 9.10.2010
Maria Sido (Bonn) seit 9.10.2010
Irina Wießner (Hermannrode) seit 9.10.2010

Kassenprüfer

Ulrich Bock (Soltau)
Sebastian Scharf (Frankfurt)

Schiedskommission

Ulrike Kuhlmann (Münster)
Wolfgang Rest (Aachen) seit 9.10.2010
Dr. Kajo Schukalla (Münster), Vorsitzender
Dr. Saleh Sido (Bonn) bis 9.10.2010

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|-----------|
| Nahost | 4 |
| Türkei – Syrien – Irak – Christen/Irak - Iran – Ägypten – Palästina / Israel | |
| Europa | 6 |
| Russlanddeutsche – Kosovo – Serbien – Bosnien - Flüchtlinge | |
| Afrika | 9 |
| Südsudan – Darfur – Somalia – Mauretanien – Westsahara | |
| Asien | 12 |
| China – Burma – Pakistan – Indien – Südthailand – Bhutan – Bangladesch – Sri Lanka | |
| Indigene Völker | 15 |
| Brasilien – Chile – Leonard Peltier – Australien - Ecuador | |
| Arbeit bei den Vereinten Nationen | 17 |
| Mündliche und schriftliche Stellungnahmen | |
| GfbV in Berlin | 18 |
| Regionalgruppen | 19 |
| Aktionen und Veranstaltungen | 20 |
| Presse und Medienecho | 21 |
| Homepage | 22 |
| GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker – pogrom | 23 |
| Publikationen | 24 |
| Finanzen | 26 |
| Sektionen | 27 |
| Bosnien-Herzegowina – Schweiz – Südtirol | |

Naher Osten

Türkei

Zentrale Kampagne für Kurden und Christen

"Die Türkei: Nicht reif für Europa! Kurden- und Christenverfolgung beenden!" lautete unsere Frühjahrskampagne 2010. Wir verteilten bundesweit 100.000 großformatige Hintergrundblätter über die Unterdrückung der Kurden und christlichen Assyro-Aramäer. In Frankfurt/Main organisierten wir dazu mit der Friedrich-Naumann- und der Karl-Hermann-Flach-Stiftung eine Konferenz mit namhaften Referenten aus der Türkei, Deutschland, Italien, Schweiz, Österreich und Belgien. Auf vielen Veranstaltungen, die wir u.a. gemeinsam mit der „Ezidischen Akademie“ in Hannover, der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft in Gießen oder Flüchtlingsräten durchführten, referierte der GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido über die Menschenrechtslage in der Türkei. Als Experte stritt er auf Podiumsdiskussionen – z.B. in Stuttgart - mit Politikern, Vertretern von Behörden oder Kirchen. Auch der in unserem Victor-Gollancz-Haus für Menschenrechte organisierte Informationsabend über die Aleviten mit dem Vorsitzenden der Alevitischen Gemeinde e.V. erhielt gute Resonanz in den Medien.

Syrien

Öffentlichkeitsarbeit gegen Abschiebungen

Wie gefährlich das 2008 zwischen der Deutschland und Syrien geschlossene Rückübernahmeabkommen für Kurden, Yeziden und Christen aus der Arabischen Republik im deutschen Exil ist, machten wir auf mehreren Informationsveranstaltungen u.a. in Kiel, Berlin, Loccum und Köln deutlich. Da Rückkehrern in Syrien Haft und Folter drohen, fordert die GfbV uneingeschränktes Aufenthaltsrecht für alle hier langjährig geduldeten Flüchtlinge. Unser Nahostreferat unterstützte den WDR, das Schicksal einer Flüchtlingsfamilie in Nordrhein-Westfalen zu dokumentieren. Das Filmteam begleitete die Kurden durch ihren von ständiger Angst vor Abschiebung geprägten Alltag.

Als der deutsche Staatsbürger und kurdische Menschenrechtler Ismail Abdi in Syrien festgenommen wurde, demonstrierten wir vor der syrischen Botschaft in Berlin für seine Freilassung. Dringend baten wir auch die Bundesregierung um Hilfe. Wir werden nicht ruhen, bis Abdi seine Freiheit zurückbekommt.

Irak

Neue Heimat für Mandäer gesucht

Der Mandäer Sattar Jabbar Rahman gab mit seinem gut besuchten Vortrag bei der GfbV Einblicke in seine Religion und schilderte die Lage seiner Glaubensgemeinschaft im Irak. Vor Übergriffen, Entführungen und Morden mussten inzwischen viele Mandäer aus ihrer Heimat flüchten. Im Herbst besuchte uns das Oberhaupt der Mandäer weltweit, Ganzevra Sattar Jabbar Hilo al-Zahrony. Er wollte in Deutschland um Unterstützung für seine kleine Glaubensgemeinschaft bitten, die aus dem Irak getrieben wird und hier auf Schutz hofft. Die

GfbV begleitete ihn zu Gesprächen mit Weihbischof Dr. Hans-Jochen Jaschke von der katholischen Kirche in Hamburg, dem Ratspräsidenten der Evangelischen Kirche in Hannover, Nikolaus Schneider, und dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung, Markus Lönning, in Berlin.

Christen trauern um Anschlagsoffer

Im Irak starben 2010 rund 70 Christen durch Anschläge. Weit mehr als doppelt so viele wurden verletzt. In unserer „Chronik des Schreckens“ dokumentieren wir die Verbrechen an Assyrer-Aramäer-Chaldäern. Immer wieder fordern Journalisten sie an. Auf vielen Veranstaltungen informierten wir über die bedrohliche Lage der Christen im Irak. Gemeinsam mit den in und um Göttingen lebenden Assyrer-Aramäer-Chaldäern gedachten wir nach dem Attentat auf eine Kirche in Bagdad Ende Oktober mit einer Trauerfeier der Opfer. Mit der Jungen Aramäischen Union organisierten wir kurz darauf die Kundgebung "Schutz und Sicherheit für Christen im Irak" in Köln und forderten erneut eine autonom verwaltete Region für die christliche Glaubensgemeinschaft in der Niniveh-Ebene, die an Irakisch-Kurdistan grenzt.

Iran

Einsatz für Demokratie und Glaubensfreiheit

In München forderten wir vor der Jahreshauptversammlung der Siemens AG Ende Januar gemeinsam mit der IG Metall und „Stop the Bomb!“ mit der Mahnwache "Siemens AG stützt Ahmadinedschad! Iran droht Israel!" ein Ende der Iran-Geschäfte. Denn Siemens-Technologien erleichtern die Überwachung und Unterdrückung der Opposition. Der Firmenvorstand erklärte noch am Tag unseres Protestes, dass man aus Teheran keine weiteren Aufträge erhalten möchte. Auf einem Kongress für einen föderalen Iran in Paris informierte der GfbV-Nahostreferent Dr. Kamal Sido über die Lage der Minderheiten. Zudem wurde er in drei Sendungen der kurdischen Fernsehkanäle Tisk und KURD1 zu dem Thema interviewt.

Besonders setzten wir uns 2010 für die religiöse Gemeinschaft der weltweit 7,7 Millionen Bahà'ì ein, die im Iran entstanden ist und dort 300.000 Anhänger hat. Auf unserer Vortragsveranstaltung "Die Bahà'ì im Iran – diffamiert und verfolgt" informierte unser Referent Foad Kazemzadeh über ihre Religion und Geschichte auch in Deutschland. Hier leben rund 5.000 Bahà'ì. Im Iran ist die gesamte Bahà'ì-Führung seit Mai 2008 inhaftiert. Als sie im August 2010 zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, starteten wir eine E-Mail-Kampagne für ihre Freilassung. Wir beteiligten uns zudem an einer Kundgebung von United4Iran in Berlin und appellierten dabei an die Bundesregierung, sich für die sieben Inhaftierten einzusetzen. In Hamburg erinnerten wir mit der deutschen Bahà'ì-Führung am Tag der Menschenrechte an das Schicksal der Gefangenen.

Ägypten

Glaubensfreiheit für Kopten durchsetzen

Das Jahr 2010 begann für die Kopten in Ägypten mit einem Schock. Nach dem Weihnachtsgottesdienst am 6.1. wurden sechs Kopten aus einem Auto heraus erschossen. Zusammen mit der koptischen Kirche riefen wir zur Demonstration "Schutz und Sicherheit für die Kopten in Ägypten" auf. Vom Staat können sie kaum Hilfe erwarten. Er schränkt ihre Glaubensfreiheit vielmehr ein.

Der Bischof der koptischen Kirche in Deutschland berichtete bei uns vor voll besetzter Saal über die Lage seiner Religionsgemeinschaft in Ägypten. Unter den bis zu zehn Millionen Christen bilden die Kopten dort die Mehrheit. Die GfbV fordert von der ägyptischen Regierung u.a., dass Kirchen neu errichtet werden dürfen, die Religionszugehörigkeit nicht mehr im Pass vermerkt wird und anti-christliche Kampagnen in Schulen und Medien unterbunden werden.

Palästina / Israel

Frieden für Israel und Palästina

Unsere öffentliche Podiumsdiskussion "Frieden für Israel und Palästina" mit einem Vertreter der jüdischen Wohlfahrtsorganisation „Bnai Brith Loge“ und einem Mitglied des palästinensischen Nationalrates aus Jordanien während unserer Jahreshauptversammlung war sehr gut besucht.

Als dem Begegnungszentrum „Zelt der Völker“ des palästinensischen Christen Daoud Nassar in Bethlehem der Abriss drohte, protestierten wir bei der israelischen Regierung dagegen und initiierten eine E-Mail-Kampagne für den Erhalt dieses Friedensprojektes zur Versöhnung von Israelis und Palästinensern. Außerdem forderten wir Jerusalem auf, die Diskriminierung arabischer Beduinen in der Negev-Wüste zu beenden.

EUROPA

Südosteuropa und Flüchtlinge

Auf einer Veranstaltung im Victor-Gollancz-Haus für Menschenrechte am 9. Dezember 2010 zum Thema: „**Opfer Stalins und Hitlers /Russlanddeutsche: Gelungene Integration!**“, informierte die GfbV über Geschichte, Verfolgung, Deportation, Aussiedlung, erfolgreiches Einleben der Russlanddeutschen. Diskutiert wurde mit Herrn Dr. Christoph Bergner (Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern und der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten), Herrn Dr. Viktor Krieger (Lehrbeauftragter am Seminar für Osteuropäische Geschichte an der Universität Heidelberg).

KOSOVO: In Presseerklärungen, offenen Briefen an die Innenminister von Bund –und Ländern kritisierte die GfbV das Rückübernahmeabkommen, das am 14. April 2010 zwischen der deutschen Bundesregierung und dem Kosovo unterzeichnet wurde. Das Abkommen regelt Rückführung von ausreisepflichtigen Personen aus dem Kosovo. Über 10.000 Angehörige der Minderheiten der Roma-, Aschkali- und Kosovo-Ägypter sind von dieser Regelung betroffen. Die GfbV machte in allen Publikationen darauf aufmerksam, dass insbesondere Roma im Kosovo massiver Diskriminierung in allen Lebensbereichen ausgesetzt sind. Aufgrund einer besonderen Verantwortung für diese Volksgruppe nach den Erfahrungen des Holocaust, dem 500 000 Sinti und Roma und 6 Millionen Juden zum Opfer fielen, forderte unsere Menschenrechtsorganisation eine Kontingentlösung für Roma.

Die GfbV forderte die Bundesregierung auf, nach der Rücknahme des Vorbehalts der deutschen Regierung gegen die UN-Kinderrechtskonvention im Mai 2010 nun entsprechende gesetzliche Veränderungen - Anpassungen im Aufenthalts-und Asylverfahrensgesetz – unverzüglich vorzunehmen.

Anlässlich **der Innenministerkonferenz am 27./28. Mai** in Hamburg forderte die GfbV zusammen mit anderen Organisationen Abschiebungsschutz für Roma.

Am gleichen Tag überreichten Dr. Christian Schwarz-Schilling und Tilman Zülch dem Leiter der Präsidiabteilung der Innenbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, den sog. **Osterappell** für eine Beendigung der Abschiebung von Romafamilien aus dem Kosovo sowie **die Göttinger Erklärung** der GfbV, die von Trägern des Göttinger Friedenspreises der „Dr. Röhl Stiftung“ (Göttingen) mit unterzeichnet wurde. Dort forderten die Preisträger, dass den rund 10.500 langjährig in Deutschland geduldeten Roma-Flüchtlingen und ihren hier geborenen und aufgewachsenen Kindern ein dauerhaftes Bleiberecht gewährt wird.

FLÜCHTLINGSKAMPAGNE „BESCHÜTZEN SIE UNSERE FLÜCHTLINGSKINDER“:

Die GfbV- Kampagne für das Bleiberecht der langjährig geduldeten Flüchtlinge, darunter etwa 30 000 Kinder wurde fortgesetzt. Wir informierten Vertreter aller politischen Parteien, Landtagspräsidenten, Kirchen und Landeskirchenämter, Gewerkschaften, religiöse Gemeinschaften, Jugendorganisationen, Schulen und Rechtsanwälte über die inhumane Praxis der Kettenduldungen und forderten ein Bleiberecht für die langjährig geduldeten Flüchtlinge, denen bei der Rückkehr in ihr Heimatland Gefahr für Leib und Leben droht, oder sie nicht in Sicherheit und Würde leben können.

SERBIEN: Die GfbV übte Druck auf die Regierung der Republik Serbien aus, mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) zusammenzuarbeiten und sich aktiver für die Verhaftung des ehemaligen Generals der bosnischen Serben Ratko Mladic einzusetzen. So richtete die GfbV am 29.06.2010 einen Appell an alle Parlamentarier der 27 EU-Staaten, mit der Bitte, **die Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Serbien bis zur Auslieferung des Kriegsverbrechers Ratko Mladic zu verhindern.** Appelliert wurde am 14. Juni 2010 auch an die Vertreter der internationalen Gemeinschaft, der Europäische Union, der USA, UN und NATO, Druck auf Serbien auszuüben, um den gesuchten Hauptkriegsverbrecher Mladic festzunehmen!

BOSNIEN : Die GfbV verfolgte mit großer Sorge die Dauerkrise in Bosnien, die von nationalistischen Äußerungen seiner Politiker geprägt war. Die anhaltenden Forderungen

des jetzigen Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik, nach einer Abspaltung von Bosnien und Herzegowina bedrohten die Stabilität des Staates und verhinderten die notwendigen Reformprozesse. Die GfbV forderte Visafreiheit für Bosnien und Herzegowina, die Aufnahme in die EU und Wiedervereinigung. Die Konferenz der Innen- und Justizminister der EU beschloss am 08.11.2010 in Brüssel die Visa-Pflicht für Bürger von Albanien und Bosnien-Herzegowina aufzuheben.

Die GfbV setzte sich in der Öffentlichkeit gegen die öffentlichen und geheimen Haftbefehle der serbischen Staatsanwaltschaft, welche darauf abzielen, durch illegale und politisch motivierte Verhaftungen und Schauprozesse Staatsbürger Bosnien-Herzegowinas mit den serbischen Kriegsverbrechern im Bosnien-Krieg (1992-1995) gleichzusetzen.

Im Zusammenhang mit dem Beginn des Karadžić-Prozesses (am 01.03.2010) richtete die GfbV einen Appell an die EU-Staaten und den UN-Sicherheitsrat Druck auf Serbien auszuüben, damit die zwei verbleibenden Flüchtigen - Mladic und Hadzic - noch vor der Schließung des Gerichts verhaftet und an das Tribunal ausgeliefert werden

- **Mahnwache in Den Haag am 13. April 2010:** Anlässlich der Fortsetzung des Prozesses gegen den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Radovan Karadžić vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag (ICTY) am 13. April 2010 forderte die Gesellschaft für bedrohte Völker International (GfbV-Int) - gemeinsam mit den bosnischen Überlebenden - mit einer Mahnwache vor dem Gebäude des Tribunals die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Mitgliedstaaten der EU, der NATO und des Europarates auf, Serbien endlich zur Festnahme und Auslieferung des für den Völkermord mitverantwortlichen Generals Ratko Mladić zu zwingen. Etwa 40 Journalisten verfolgten den Prozess.

- **Mahn- und Gedenkaktion des Zentrums für politische Schönheit und der Gesellschaft für bedrohte Völker für Srebrenica vor dem Brandenburger Tor in Berlin am 10./11. Juli 2010 .** Die GfbV arbeitete an dem Projekt „Säule der Schande“ mit dem Zentrum für politische Schönheit zusammen. Zum Jahrestag des Massakers von Srebrenica am 11. Juli 2010, hat das "Zentrum für politische Schönheit", unterstützt durch die GfbV, vor dem Brandenburger Tor 16.744 Schuhe für die 8.372 Opfer dieses Völkermordverbrechens der serbischen Truppen in Ostbosnien aufgeschichtet. Etwa 200 Menschen kamen am 11. Juli zum Brandenburger Tor, um der 8372 Opfer des Massakers von Srebrenica pietätvoll zu gedenken. Das Presseecho war beachtlich.

Veranstaltungen, Pressekonferenzen, Vorträge: Die Südosteuropa-Referentin arbeitete an Reportagen und Filmprojekten mit deutschen und ausländischen Journalisten zusammen. Sie hielt Vorträge oder nahm teil an Pressekonferenzen, Podiumsdiskussionen, Veranstaltungen, internationalen Konferenzen und Tagungen zum Thema Roma.

Proteste/Demonstrationen: Am 6. September 2010 protestierte die GfbV mit einer Mahnwache **vor der französischen Botschaft in Berlin gegen die skandalösen „Deportationen“ von rumänischen und bulgarischen Roma in Frankreich und übergab einen Appell der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) an den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy.** „Stopp Sarkozy! Roma in Frankreich legalisieren - nicht deportieren!“ hieß es auf dem Transparent der GfbV. Über die Aktion wurde von den folgende Nachrichtenagenturen berichtet: dpa, epd, AFP.

Humanitäre Projekte in Bosnien und Herzegowina und dem Kosovo: wurden betreut und mitunterstützt. Für die Frauensektion des Verbande der ehemaligen Lagerhäftlinge, Kanton Sarajevo konnte über die Stiftung „Vielfalt der Kulturen“ eine finanzielle Grundlage für die Eröffnung eines Geschäftes im historischen Zentrum von Sarajevo (Baščaršija) gewährleistet werden. Die GfbV bemüht sich, um für die weiteren Projekte eine Finanzierung zu finden. Das Kosovo-Projekt konnte durch Dzafer Buzoli, der von der GfbV-Schweiz weiter finanziert wird, weitergeführt werden.

Beratung von Flüchtlingen: Einzelfallbetreuung, Verfassen von Gutachten und Eingaben für die Härtefallkommission, Verfassen von Hintergrundinformationen, Appelle an jeweilige Innenminister/Ministerpräsidenten; Ausstellen von Spendenbescheinigung. Bearbeitung von Anfragen der Rechtsanwälte, Flüchtlingsorganisationen und Einzelpersonen.

Afrika

Südsudan

Hoffnung auf Frieden

Nach 38 Jahren Völkermord und Vertreibung gibt es endlich Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden für den Südsudan. Dabei war die Lage dort im Frühjahr 2010 noch so angespannt, dass wir gemeinsam mit anderen Menschenrechts- und Hilfsorganisationen aus Deutschland, Großbritannien, Frankreich und den USA mehrmals mit dringenden Schreiben und in Pressemitteilungen vor einem Scheitern des Friedensprozesses zwischen Nord- und Südsudan warnten. Gleichzeitig forderten wir mehr Engagement der Staatengemeinschaft ein. Sie solle von der Regierung in Khartum die vollständige Umsetzung des Friedensabkommens von 2005 verlangen.

In Deutschland reagierte der Bundestag auf unseren Weckruf im Frühsommer. Die Parlamentarier diskutierten und verabschiedeten eine Sudan-Resolution, nachdem wir Abgeordnete in mehreren Veranstaltungen über die dramatische Lage im Südsudan informiert hatten. Unser Afrikareferent Ulrich Delius reiste mehrmals nach Berlin, um Gespräche im Auswärtigen Amt zu führen. Dabei drängte er bei den Politikern darauf, die diplomatische Vertretung Deutschlands im Südsudan zu verstärken als weltweit deutliches Zeichen dafür, dass die Bundesregierung die Südsudanesen beim Aufbau eines eigenen Staates unterstützt. Außerdem forderten wir, die Entwicklungszusammenarbeit deutlich zu verstärken. Im Frühjahr 2011 kam dann endlich die Zusage aus Berlin.

Zuvor hatten wir Bundeskanzlerin Angela Merkel, Außenminister Guido Westerwelle, die EU-Außenminister und die USA in E-Mail- und Postkarten-Aktionen, aber auch in Presseerklärungen und Interviews immer wieder dazu aufgerufen, darauf zu bestehen, dass die für den 9.1.2011 geplante Volksabstimmung über die Zukunft des Südsudan nicht verschoben wird. Es gelang uns, dafür auf dem Ökumenischen Kirchentag in München viele Unterstützer zu gewinnen. So wurde unsere Kampagne für den Frieden im Südsudan von vielen Engagierten verstärkt.

Das Referendum fand dank des massiven internationalen Drucks schließlich statt. 98 Prozent der Südsudanesen sprachen sich für einen unabhängigen Staat Südsudan aus. Die sudanesishe Regierung sicherte zu, die Gründung des neuen Staates nicht zu behindern. Doch damit sind nicht alle Probleme des Südsudan ausgeräumt. So wiesen wir in Presseerklärungen und Interviews darauf hin, dass es immer mehr Konflikte zwischen Nomaden und Bauern gibt und die Zukunft einiger zwischen Nord- und Südsudan umstrittener Gebiete ungeklärt ist.

Darfur

Wider das Vergessen: Vertriebene fordern Gerechtigkeit

Mit Presseerklärungen, Interviews und Menschenrechtsaktionen erinnerten wir an das Schicksal der drei Millionen Vertriebenen im Westen des Sudan, in Darfur. Sie müssen sieben Jahre nach Beginn des Völkermords in ihrer Region noch immer in Flüchtlingslagern ausharren. Eine Rückkehr in ihre zerstörten Dörfer ist viel zu gefährlich. Wir machten Regierungen, Medien und die Öffentlichkeit auf die katastrophalen Zustände in vielen Flüchtlingslagern aufmerksam und verlangten freien Zugang für Helfer. In Briefen, per Fax und E-Mail forderten wir die Europäische Union und die Mitgliedstaaten des Weltsicherheitsrates mehrmals dazu auf, die Sicherheit für Zivilisten in Darfur zu verbessern, damit sich die Vertriebenen nicht weitab von ihrem früheren Land ansiedeln lassen müssen. „Gerechtigkeit für Darfur“ war unsere Botschaft, die wir im Auswärtigen Amt und im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen mehrmals vortrugen. Dort forderten wir, dass der internationale Haftbefehl für den sudanesischen Staatspräsidenten Omar Hassan al Bashir, einen früheren Minister sowie einen Führer der Janjaweed-Reitermiliz nicht folgenlos bleiben darf. Doch das Ringen um Frieden im Südsudan überschattet die Menschenrechtsprobleme in Darfur. Die Staatengemeinschaft setzt auf mehr Kooperation mit dem Regime in Khartum. Mit einer E-Mail-Kampagne konnten wir dazu beitragen, dass inhaftierte Menschenrechtler aus Darfur freigelassen wurden.

Somalia

Schutz für Verfolgte

Mit vielen Presseerklärungen machten wir auf die dramatische Lage der Zivilbevölkerung in Somalia aufmerksam. In keinem anderen Land Afrikas spitzte sich die humanitäre Katastrophe so zu. Hunderttausende flohen vor Menschenrechtsverletzungen und Gewalt in der Hauptstadt Mogadischu. Immer wieder klagten wir die Nachbarstaaten Kenia und Jemen an, wenn sie Somalia-Flüchtlingen die Zuflucht verweigerten. Im Falle Kenias konnten wir so erreichen, dass mehreren tausend Flüchtlingen Schutz gewährt wurde, die zuvor abgewiesen worden waren. Beim Kampf gegen die Piraterie vor Somalias Küste machten wir deutlich, dass ohne Frieden in Somalia auch die Piraterie nicht enden wird. Massiv kritisierten wir die deutsche Somalia-Politik, weil sie die katastrophale Lage im Land ignoriert und nicht genug für einen dauerhaften Frieden tut.

Mauretanien

Freiheit für Sklaverei-Gegner

Wer in Mauretanien öffentlich die Sklaverei kritisiert, lebt gefährlich. Im Dezember 2010 wurde der Menschenrechtler Biram Dah Abeid festgenommen, als er gegen die Versklavung von zwei Mädchen öffentlich protestierte. Wir hatten Biram im Sommer 2010 nach Bonn eingeladen, um dort in verschiedenen Programmen des Radiosenders Deutsche Welle über die anhaltende Sklaverei in seiner Heimat zu berichten. Schließlich wurde er in Mauretanien wegen seines Protests zu sechs Monaten Haft verurteilt. Wir erreichten, dass sich die deutsche Bundesregierung und andere EU-Staaten für seine Freilassung einsetzten, so dass er nach wenigen Wochen Haft wieder frei kam.

Westsahara

Aktivisten in Haft

Schwieriger ist das Los von drei Menschenrechtlern des Volkes der Sahrauis. Die Aktivisten aus der völkerrechtswidrig von Marokko besetzten Westsahara sind im Oktober 2009 festgenommen worden und warten seither auf ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren. Einer der Verhafteten ist Ali Salem Tamek, den wir im Jahr 2006 nach Berlin eingeladen hatten, um dort Gespräche mit zahlreichen deutschen Politikern zu führen. Mehrfach verlangten wir die Freilassung der Menschenrechtler, denen Marokko ein faires Gerichtsverfahren verweigert. Europa darf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der Westsahara nicht ignorieren, forderten wir auch anlässlich eines Gipfeltreffens der EU mit Marokko im März 2010. Minister Westerwelle griff die Kritik auf und äußerte sich bei seinem Besuch in Marokko im Herbst 2010 sehr kritisch zur Menschenrechtslage in der Westsahara.

Strom für Europa aus der Wüste – Das Desertec-Projekt klingt verlockend. Als Desertec ankündigte, das Pilot-Projekt in Marokko zu starten, schlossen sich tausende Unterstützer unserer e-mail Protestaktion an und forderten die Projektplaner auf, nicht in der Westsahara zu investieren. Auch Bundestagsabgeordnete unterstützten unsere Forderung. Schließlich sicherte Desertec zu, keinen Solarstrom aus dem von Marokko besetzten Land zu nutzen.

Auch engagierten wir uns für Tuareg in Niger und Mali, die unter dem Antiterror-Kampf leiden. Wir kritisierten den Rassismus des libyschen Diktators Gaddafi, der schwarzafrikanische Toubou aus Libyen vertreiben lässt. Auch engagierten wir uns für Massai-Ureinwohner in Tansania, die unter Großwildjägern leiden und forderten ein Ende der Straflosigkeit in Kongo und Ruanda. Im UN-Menschenrechtsrat forderten wir ein Ende der Übergriffe der kongolesischen Armee auf die eigene Zivilbevölkerung.

Asien

China

Menschenrechte für Verfolgte

Die Lage der Menschenrechte verfolgter ethnischer und religiöser Minderheiten in China hat sich im Jahr 2010 spürbar verschlechtert. Sowohl Uiguren, als auch Tibeter, Mongolen und Falun Gong Praktizierende litten unter willkürlichen Verhaftungen, wie sie in diesem Ausmaß nicht seit der Kulturrevolution registriert wurden. Im Juli 2010 veröffentlichten wir einen 62 seitigen Report, in dem wir die blutige Niederschlagung von Protesten von Uiguren sowie anschließende schwere Auseinandersetzungen zwischen Uiguren und Han-Chinesen in der Stadt Urumtschi im Juli 2009 dokumentierten. Der Report, der auch in Englisch veröffentlicht wurde, erregte weltweit Interesse, weil bislang wenig Informationen über die Hintergründe der Auseinandersetzungen, bei denen wahrscheinlich mehrere hundert Menschen getötet wurden, publiziert worden waren. Wir stellten den Report im Europaparlament vor und warben dort erfolgreich für mehr Engagement für verfolgte Uiguren. Immer wieder informierten wir in Presseerklärungen über anhaltende Verhaftungen uigurischer Schriftsteller, Blogger und Journalisten, die es gewagt hatten, Menschenrechtsverletzungen an Uiguren öffentlich zu machen.

Asiatische Nachbarstaaten verweigern uigurischen Flüchtlingen oft die Zuflucht und schieben sie in ihre Heimat ab. Mehrfach bemühten wir uns, Abschiebungen zu verhindern oder verlangten Aufklärung über das Schicksal der Flüchtlinge.

Wir wirkten an der Aufnahme von zwei unschuldigen uigurischen Insassen des US-Gefangenenlagers Guantanamo durch die Schweiz mit und kritisierten in vielen Radio- und Fernsehinterviews sowie Talkshows den mangelnden Mut europäischer Staaten, sich für eine humanitäre Lösung für die 17 unschuldig in Guantanamo festgehaltenen Uiguren einzusetzen. In Gesprächen mit dem Menschenrechtsausschuss des Bundestages sowie mit anderen Politikern in Berlin und verschiedenen deutschen Bundesländern hatten wir uns für eine Aufnahme einiger Uiguren in Deutschland eingesetzt. Wir mussten diese Bemühungen jedoch schließlich wegen des ungeschickten Verhaltens der Bundesregierung aufgeben, die die Kompetenzen der Innenminister der Bundesländer missachtet hatte. Auch hatten wir mehrfach an die EU appelliert, gemeinsam mit der Schweiz und anderen Staaten eine humanitäre Lösung für die inhaftierten Uiguren zu finden. Eng kooperierten wir dabei mit angesehenen amerikanischen Rechtsanwälten, die ehrenamtlich die Interessen der Uiguren gegenüber der US-Regierung vertraten.

Auch in Tibet eskalieren die Menschenrechtsverletzungen. So wiesen wir im März 2010 darauf hin, dass seit der blutigen Niederschlagung der Unruhen des Frühlings 2008 mindestens 334 Tibeter zu Haftstrafen oder zum Tode verurteilt wurden. Die Zahl der politischen Gefangenen hat sich innerhalb von zwei Jahren verachtfacht. Während früher zumeist buddhistische Mönche und Nonnen aus politischen Gründen festgenommen wurden, sind es heute Schüler, Nomaden, Arbeiter, Intellektuelle, Händler und Manager. In Interviews und auf Vorträgen in verschiedenen deutschen Städten berichteten wir über die Verhaftungswelle, die sich nicht mehr auf die chinesische Verwaltungsregion Tibet beschränkte, sondern auch die alten tibetischen Siedlungsgebiete in heurigen chinesischen

Provinzen erfasste. Auch in den Klöstern verschärften die chinesischen Behörden daraufhin ihre Kontrolle. Die Proteste machen deutlich, dass die Tibet-Frage noch immer ungelöst ist. In Hamburg engagierten wir uns als Mitveranstalter verschiedener Tibet-Demonstrationen und eines Tibet –Tages im Völkerkundemuseum. In anderen Städten informierten wir in Vorträgen über die Folgen des Klimawandels und des Baues von immer mehr Staudämmen im Himalaya für Tibet. Auch in Presseerklärungen und Interviews wiesen wir darauf hin, dass der Dalai Lama in der ökologischen Zerstörung Tibets eine der größten Gefahren für seine Heimat sieht.

Chinas Repression machte selbst vor den Mongolen nicht Halt, die seit der Machtergreifung der Kommunistischen Partei im Jahr 1949 besonders massiv unter Assimilierung gelitten haben. So machten wir im Dezember 2010 auf das Schicksal des Buchhändlers Hada aufmerksam, der trotz Verbüßung seiner langjährigen Haftstrafe nicht freigelassen wurde. Stattdessen wurde seine Familie in Sippenhaft genommen und auch zahlreiche Freunde wurden verhaftet.

Die Verfolgung der Meditationsbewegung Falun Gong bezeichneten wir als die größte Menschenrechtsverletzung seit der Kulturrevolution. In elf Jahren der Verfolgung sind mehr als 3300 Falun Gong-Anhänger gewaltsam zu Tode gekommen. Scharf kritisierten wir, dass diese Verfolgung von den Staaten Europas weitgehend ignoriert wird. Auch beklagten wir in Interviews und Presseerklärungen, dass Menschenrechtsanwälte systematisch eingeschüchert werden, die sich bereit erklären, Verfolgte zu vertreten. Immer wieder erinnerten wir an die willkürliche Verfolgung der Anwälte Liu Xiaobo und Gao Zhisheng . Den Friedensnobelpreis für Liu Xiaobo bezeichneten wir als schallende Ohrfeige für Chinas Machthaber.

Aufsehen erregte in Hamburg die Vorstellung unseres zweiten Menschenrechtsreportes zur Lage in der Partnerstadt Schanghai. Im Rahmen der offiziellen Feiern der Partnerschaft organisierten wir gemeinsam mit der Tibet-Initiative Deutschland eine Podiumsdiskussion zur Verletzung der Internetfreiheit in Tibet und China.

Außenminister Westerwelle forderten wir mehrfach auf, gegenüber der chinesischen Führung Menschenrechtsverletzungen deutlich zu kritisieren und an dem EU-Waffenembargo gegenüber China festzuhalten. Beide Forderungen setzte der Minister um.

Burma

Gerechtigkeit für Minderheiten

Das Jahr 2010 war ein schlechtes Jahr für Burmas Nationalitäten, die seit 60 Jahren um mehr Selbstbestimmung ringen. Denn Burmas Militärjunta setzte auf eine Eskalation des Bürgerkrieges. In Presseerklärungen und Appellen an die EU-Außenminister und den Weltsicherheitsrat warnten wir vor einer Verschärfung des Krieges in den Nationalitätengebieten. Denn de facto kündigte die Junta Friedensverträge mit den Freiheitsbewegungen der Nationalitäten. In Presserklärungen und Interviews berichteten wir über militärische Auseinandersetzungen, Vertreibungen und Zwangsarbeit sowie über das Schicksal der mehr als 700.000 Binnenflüchtlinge.

Besonders setzten wir uns für die Karen, Shan und Rohingya ein, die am meisten unter massiven Menschenrechtsverletzungen leiden. Rohingya-Flüchtlingen müsse in den Nachbarländern Zuflucht gewährt werden, forderte die GfbV. In zahlreichen Schreiben an die Vereinten Nationen und an die EU dokumentierten wir Menschenrechtsverletzungen an Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch sowie Thailands völkerrechtswidrigen Umgang mit Rohingya-Boatpeople.

Vor allem bemühten wir uns jedoch darum, die von der Junta geplanten „Wahlen“ als Wahlfarce zu entlarven. Denn viele EU-Staaten warteten nur auf eine günstige Gelegenheit, um die EU-Sanktionen gegen Burma aufzuheben und in dem Land zu investieren. Angesichts massiver Menschenrechtsverletzungen im Wahlkampf gelang es Burmas Führung nicht, die Staatengemeinschaft davon zu überzeugen, dass sie sich um einen glaubwürdigen Neuanfang bemüht.

Nachdrücklich forderten wir die Bestellung einer Internationalen Untersuchungskommission durch den Weltsicherheitsrat, um Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den Nationalitätengebieten zu dokumentieren. Dies könnte ein erster Schritt sein, um die Verantwortlichen für die völkermordartigen Verbrechen vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen. Inzwischen unterstützen zahlreiche europäische Staaten sowie die USA, Kanada, Australien und Neuseeland diesen Vorschlag.

Pakistan / Indien / Südthailand / Bhutan / Bangladesch / Sri Lanka Religionsfreiheit sichern

In Presseerklärungen verlangten wir mehrfach ein Ende der Übergriffe auf Christen und Angehörige der muslimischen Ahmadiyya-Minderheit in Pakistan. Mehr als 70 Ahmadis starben bei Anschlägen auf Moscheen der religiösen Minderheit im Mai 2010. Schutzlos sind Christen und Ahmadis Anfeindungen durch die muslimische Mehrheitsbevölkerung in Pakistan ausgesetzt, die die umstrittenen Blasphemie-Vorschriften nutzt, um Andersgläubige einzuschüchtern und zu schikanieren. So informierten wir über landesweite Proteste der Christen am offiziellen „Tag der Minderheiten“ im August, bei denen die Christen forderten, nicht länger als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Seit Jahren verlangen wir die ersatzlose Streichung der Blasphemie-Vorschriften. Deutete sich im Herbst 2010 endlich ein Entgegenkommen der pakistanischen Regierung an, so eskalierte die Lage im Jahr 2011 immer mehr. So löste der Mord an dem christlichen Minister für Minderheiten weltweite Empörung aus. Zuvor hatte sich der Premierminister bereits dem Druck radikaler Muslime gebeugt und jeder Reform der Blasphemie-Vorschriften eine Absage erteilt.

Auch Indiens Christen warten zwei Jahre nach den pogromartigen Ausschreitungen radikaler Muslime im Bundesstaat Orissa im Jahr 2008 noch immer auf eine angemessene Bestrafung der Verantwortlichen. In Presseerklärungen und Interviews wiesen wir im August 2010 darauf hin, dass bereits mehr als 680 Angeklagte, denen Beteiligung an den Übergriffen vorgeworfen wurde, mangels Beweisen freigesprochen worden sind. Systematisch würden Christen eingeschüchtert und bedrängt, um sie zur Rücknahme ihrer Anzeigen bei der Polizei zu bewegen.

Auch engagierten wir uns für verfolgte Muslime in Südthailand, für aus Bhutan unrechtmäßig ausgebürgerte Nepali-stämmige Bhutanesen sowie für 700.000 diskriminierte Ureinwohner in der Chittagong Bergregion in Bangladesch und für eine strafrechtliche Aufarbeitung schwerster Menschenrechtsverletzungen an Tamilen in Sri Lanka.

Indigene Völker

Brasilien

Beschwerde gegen Belo-Monte-Projekt eingereicht

Als drittgrößte Talsperre der Welt bedroht das gigantische Belo-Monte-Wasserkraftprojekt am Xingu-Fluss im brasilianischen Bundesstaat Pará nahezu 20.000 Indianer. Die GfbV-Mitarbeiterin Rebecca Sommer reiste im Herbst in das Gebiet am Amazonas. Sie wies nach, dass ein in freiwilliger Isolation lebendes kleines Volk durch das Eindringen von Fremden akut gefährdet wäre. Weil ohne Einbeziehung der indigenen Völker auch der Wettlauf um die Rohstoffe unter ihrem Land bereits begonnen hat, reichten die GfbV-International sowie 13 Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen Beschwerde bei der Bundesanwaltschaft von Pará ein. Wir begleiteten die Initiativen der Widerstandsbewegung gegen Belo Monte mit kritischen Presseerklärungen, die besonders in den Online-Medien Widerhall fanden, und unterstützten die Indianer mit Brief- und Newsletterkampagnen. Auf unserer Homepage, im GfbV-Blog und unserer Zeitschrift bedrohte Völker berichteten wir über aktuelle Entwicklungen. Beim Klimagipfel in Cancun (Mexiko) und beim Permanenten Forum für die Belange indigener Völker bei den UN in New York organisierte Rebecca Sommer für die GfbV Veranstaltungen (sog. Side Events) zu Belo Monte. Unsere Sektionen vereinbarten auf der Jahresversammlung der GfbV-International in Wien Zusammenarbeit zu diesem Thema. Wichtige neue Kontakte knüpfte die GfbV-Referentin Yvonne Bangert bei einem runden Tisch der zu Brasilien arbeitenden Nichtregierungsorganisationen KoBra in Weimar.

Chile

Aktionen für indianische politische Gefangene

Fast drei Monate dauerte ein Hungerstreik von 34 Mapuche in chilenischer Untersuchungshaft. Nach dem von der Pinochet-Diktatur übernommenen Antiterrorismusgesetz sollten sie vor ein Militärgericht gestellt werden, weil sie mit Aufsehen erregenden Aktionen enteignetes Mapuche-Land zurückforderten. Mit Fax-Schreiben baten wir den UN-Sonderbeauftragten für indigene Völker James Anaya, das Internationale und das Chilenische Rote Kreuz sowie die Botschafter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz in Chile, die Gefangenen zu besuchen, ihre medizinische Versorgung sicherzustellen und durch Prozessbeobachter für faire Verhandlungen zu sorgen. Mit mehreren Presseerklärungen machten wir die Öffentlichkeit auf die Lage der Mapuche aufmerksam. Schließlich machte die chilenische Regierung Zugeständnisse. Die Mapuche kommen jetzt vor ein ziviles Gericht. Doch das Antiterrorismusgesetz, das Willkürjustiz Tür und Tor öffnet, gilt noch immer.

Auf großes Interesse stieß unser Workshop zur Lage der Mapuche während unserer Jahreshauptversammlung. Daran nahmen Rafael Railaf von der Stiftung FOLIL der Exil-Mapuche aus den Niederlanden, unsere ehrenamtliche Mapuche-Spezialistin Alina Rodenkirchen und unsere aus

Chile stammende Mitarbeiterin Iris Castro teil. Viele unserer Mitglieder erklärten sich spontan bereit, Brief- und E-Mailaktionen für die Mapuche mitzutragen.

„Kumpel gerettet, jetzt Indianer befreien, Herr Piñera!“ forderten wir mit zwei Mahnwachen, mit denen wir den chilenischen Präsidenten im Herbst in Berlin empfangen. Vor seiner Europareise hatte er medienwirksam erst die Rettung von 33 verschütteten Bergarbeitern abgewartet. Den Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Markus Löning, Bundespräsident Christian Wulff, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Vorsitzende im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dagmar Wörl, und ihren Stellvertreter Thilo Hoppe sowie die Vorsitzende der deutsch-südamerikanischen Parlamentariergruppe, Ingrid Hönlinger, baten wir, sich bei Piñera für die Freilassung der indianischen politischen Gefangenen einzusetzen.

USA

Leonard Peltier – mehr als ein halbes Leben unschuldig hinter Gittern

Die Lage der Menschenrechte in den USA stand 2010 auf der Tagesordnung des UN-Menschenrechtsrates und seiner Länderprüfberichte im Rahmen der Universal Periodic Review (UPR). Wir reichten eine Stellungnahme ein, in der wir das Schicksal des indianischen Bürgerrechtlers Leonard Peltier, die gesundheitsgefährdenden Folgen des Uranbergbaus auf die Havasupai und Hualapai in Arizona sowie das Recht auf sauberes Trinkwasser der Lakota in Süd Dakota thematisierten. Die UN-Botschafter der Mitgliedsstaaten in Genf forderten wir dazu auf, in ihren Beiträgen den Fall Peltier anzusprechen. Leider folgte nur Kuba unserem Appell. Für die öffentliche Diskussion des Berichts im März 2011 werden wir gemeinsam mit dem Verteidigerkomitee Peltiers (LPDOC) und unserer Partnerorganisation Incomindios / Schweiz, einen Repräsentanten delegieren. Er soll um Unterstützung für eine Begnadigung des schwerkranken Bürgerrechtlers werben. Peltier ist Diabetiker, auf einem Auge fast blind und leidet höchstwahrscheinlich auch an Prostatakrebs, bekommt jedoch keine entsprechende medizinische Behandlung. Damit er seinen Lebensabend in Würde im Kreis seiner Familie verbringen kann, baten wir alle 551 Abgeordnete im US-Repräsentantenhaus und -Senat in persönlichen Briefen darum, sich bei Präsident Obama für eine Begnadigung Peltiers einzusetzen. Unsere mehr als 1000 Peltier-Unterstützer luden wir ein, sich an mehreren E-Mail-Appellen für den Bürgerrechtler zu beteiligen.

Weitere Schwerpunkte

In Zusammenarbeit mit unserem ehrenamtlichen Aborigine-Fachmann Georg Dehn unterstützten wir die Anstrengungen der Nyungah-Aborigines in Westaustralien für den Erhalt ihres heiligen Eulensteins Boyagogomit. Ihm drohte die Zerstörung, weil ein Tochterunternehmen von HeidelbergCement einen Steinbruch erweitern wollte. Wir schrieben an den Vorstand der Baustofffirma, organisierten Aktionen beim Kulturfest Heidelberger Frühling und boten den Nyungah an, bei den UN ihre Interessen zu vertreten. Vor kurzem erfuhren wir: Der Eulenstein ist gerettet!

** Die von der Wohlfahrt abhängigen Lakota im Pine Ridge Reservat in Süd Dakota/USA

wollen ihr von der Indianerbehörde verpachtetes Land wieder selbst nutzen, u.a. für die Bisonzucht. Wir luden den Lakota Henry Red Cloud zu einer sehr gut besuchten Abendveranstaltung über die Landrückgewinnung nach Göttingen ein, vermittelten, dass er in einem Gymnasium einen begeisternden Vortrag hielt, und arrangierten für ihn eine anschauliche Führung durch das Bioenergiedorf Jühnde. Denn in seinem Reservat ist auch der Ausbau alternativer Energieträger geplant.

** Heftig kritisierten wir Entwicklungsminister Niebel in einer Pressemitteilung, als er im September den Ausstieg aus dem Yasuni-ITT-Projekt verkündete. Deutschland wollte jährlich 50 Mio. Euro in einen UN-Treuhandfonds zahlen, wenn Ecuador im Yasuni-Nationalpark nicht nach Öl bohren lässt, hatten alle Bundestagsfraktionen beschlossen. Der Park ist Heimat mehrerer indianischer Völker, darunter auch der Tagaeri und Taromenane, die ohne Kontakt zur Außenwelt leben. Wir warfen Niebel vor, die Existenz der Indianer aufs Spiel zu setzen. Auch eine von der Botschaft Ecuadors vermittelte Gesprächsrunde, an der auch die GfbV teilnahm, konnte Niebel nicht umstimmen. **

VEREINTE NATIONEN

Minderheiten in den Vereinten Nationen eine Stimme geben

Die GfbV hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (UN). Deshalb konnten wir 2010 im UN-Menschenrechtsrat in Genf mehr als 15 Mal mit schriftlichen und mündlichen Eingaben – die meisten finden sie auf www.gfbv.de - auf die dramatische Lage ethnischer und religiöser Minderheiten aufmerksam machen. So warfen wir Griechenland vor, grundlegende Rechte von Flüchtlingen aus Eritrea, Somalia, Irak und Afghanistan zu verletzen. Ungarn kritisierten wir wegen anhaltender Übergriffe auf Roma. Wir beklagten, dass indigenen Völker in Surinam, den Salomon.-Inseln und Papua-Neuguinea durch die Zerstörung des Regenwaldes die Lebensgrundlage entzogen wird, und verlangten, dass Zivilisten in Somalia besser geschützt werden. Für den Kongo forderten wir eine Armee- und Polizeireform. Dort sind Soldaten als Vergewaltiger gefürchtet und die Straflosigkeit hält an. Wir prangerten die Menschenrechtsverletzungen in Darfur und im Südsudan sowie die Vertreibung zehntausender Nubier durch Staudambau im Nordsudan an. Scharf kritisierten wir Thailand, weil im Süden des Landes zehntausende Muslime nur wegen ihres Glaubens als Terroristen abgestempelt werden. Ernüchternd war unsere Bilanz zu Burma: Dort flüchteten 2009 mindestens 118.0000 Minderheitenangehörige vor der Gewaltherrschaft des Militärs. Russland hielten wir vor, dass Menschenrechtler besonders in Tschetschenien, Dagestan und Inguschetien ständig in Lebensgefahr schweben, und Antisemitismus zunimmt. Wir brachten die anhaltende Verfolgung von Tibetern und Uiguren in China auf die Agenda, obwohl chinesische Diplomaten unsere Repräsentanten mehrfach unterbrachen. Diplomaten westlicher Staaten stellten die Redefreiheit jedoch sicher.

GfbV-Büro Berlin

Präsenz und Vernetzung in der Hauptstadt

Das Berliner Büro der GfbV zeigte im Jahr 2010 Präsenz bei zahlreichen Veranstaltungen in der deutschen Hauptstadt. Unsere Mitarbeiterinnen nahmen an Konferenzen, Tagungen und Empfängen teil und informierten über unsere Menschenrechtsarbeit in Diskussionen und Vorträgen, bei Mahnwachen, Demonstrationen und an Informationsständen. Dabei wurden sie von engagierten Praktikantinnen und Praktikanten, ehrenamtlichen Mitarbeitern und der Berliner Regionalgruppe unterstützt.

Als Leiterin der Referats GUS/Osteuropa verfolgte Sarah Reinke insbesondere die angespannte Lage im Nordkaukasus, dokumentierte Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan, verfasste Berichte und beriet Flüchtlinge aus der Region sowie deren Anwälte. Ein Höhepunkt war der Besuch der tschetschenischen Menschenrechtsverteidigerin Zainap Gaschajewa im Mai in Berlin. Das GfbV-Büro vermittelte Gespräche mit Politikern, Journalisten und Juristen, um wichtige Informationen aus erster Hand weiterzuleiten und die Zusammenarbeit auszubauen, die für den Schutz von Menschenrechtlern und Journalisten im Nordkaukasus eine zentrale Rolle spielt.

Bevor Sarah Reinke sich im Juli in ihre einjährige Elternzeit verabschiedete, stieß sie noch ein neues Projekt, das Jenia Waschewko ausführte. Sie erarbeitete einen detaillierten Bericht über die Lage der Flüchtlinge aus dem Nachkriegs-Tschetschenien. Sie reisen über die Außengrenze im Osten in die EU ein. Im Bericht wird dargestellt, unter welch schwierigen Bedingungen sie sich im EU-Asylsystem ein neues Leben aufzubauen versuchen. Er liefert fundierte Argumente, mit denen sich die GfbV in die Debatte um die dringend angemahnte Reform des EU-Asylrechts einbringen kann.

Mitte Juli übernahm Judith Kunze die Büroleitung in Berlin. Ihr Aufgabenschwerpunkt ist die Öffentlichkeitsarbeit. Inhaltlich arbeitete sie dem Asien-Referat zu, für das sie die Situation indigener Völker in Bangladesch und Kambodscha verfolgte.

Im Laufe des Jahres haben sieben Praktikanten und sieben Ehrenamtliche die Arbeit in unserem Büro unterstützt. Für das Göttinger Bundesbüro haben sie zu Konflikten in Ländern wie Malaysia, Indonesien und den Philippinen, über Peru, Brasilien und Chile bis hin zu Bosnien und Kirgistan gearbeitet und sich mit indigenen Völkern in Russland wie beispielsweise den Ewenken sowie mit Flüchtlingsfragen befasst. Alle zusammen haben zahlreiche Beiträge für den Berliner Blog verfasst und Sprachen-Portraits für einen Report über bedrohte Sprachen erstellt, den die GfbV bei der Buchmesse in Leipzig im März vorstellte.

GfbV-Berlin

Palais am Festungsgraben

Am Festungsgraben 1, Büro 213

10117 Berlin

Tel. 030 42804891

Fax: 030 42 80 49 16

E-Mail: berlin@gfbv.de

<http://berlin.gfbv.de>

REGIONALGRUPPEN

Ehrenamtliche engagieren sich in ihrer Region

Viele GfbV-Mitglieder möchten sich in ihren Kommunen und Regionen konkret an der Menschenrechtsarbeit für Minderheiten beteiligen. Diese Chance bieten und boten auch im vergangenen Arbeitsjahr 20 ehrenamtliche GfbV-Regionalgruppen. Entsprechend unserer föderalen Organisationsstruktur konnten sie ihre Schwerpunkte im Rahmen unseres Mandates – Engagement für die Durchsetzung der Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten, Nationalitäten und indigenen Gemeinschaften - weitgehend eigenständig wählen.

Während einige Regionalgruppen wie in Köln, Eisenach oder Hamburg ihre Menschenrechtsarbeit stark auf indigene Gemeinschaften in den Ländern Amerikas ausrichteten, standen bei anderen Gruppen wie in Münster oder Berlin Menschenrechtsverletzungen auf dem afrikanischen Kontinent stärker im Mittelpunkt. Die bedrohlichen Folgen des Klimawandels auf subarktische Völker waren ein besonderer Schwerpunkt des Menschenrechtsengagements in Nürnberg und München. Die Regionalgruppen in Karlsruhe, Düsseldorf, Göttingen und Aachen organisierten Delegationsreisen für Sprecher bedrohter Völker und verstärkten so die Öffentlichkeits- und politische Lobbyarbeit für die jeweiligen Gemeinschaften.

Viele unserer Regionalgruppen setzen sich mit Flüchtlingsfragen in der eigenen Stadt auseinander, begleiten und unterstützen Flüchtlinge bei Behörden, informieren mit öffentlichen Veranstaltungen über Flucht- und Konfliktursachen sowie Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsregionen.

Gern beteiligen sich die Ehrenamtlichen aber auch an bundesweiten Aktionen. So organisierten mehrere Regionalgruppen beispielsweise am „Red Hand Day“, dem Internationalen Tag gegen den Einsatz von Kindersoldaten am 12. Februar, Infostände oder Mahnwachen. Das GfbV-Bundesbüro stellte eine Petition zu diesem Thema online.

Ein Höhepunkt des Ehrenamtlichen-Engagement war der spannende Workshop mit Marc Amann über kreative Formen des Straßenprotestes im April während unseres bundesweiten Regionalgruppentreffens. Die Hamburger GfbV-Regionalgruppe hatte zu einem langen Wochenende in die Hansestadt eingeladen.

Vielleicht möchten Sie auch selbst aktiv werden? Unsere Regionalgruppen freuen sich über jede Verstärkung! Auf www.gfbv.de finden Sie eine Liste mit den Orten, in denen es bereits Gruppen gibt. Wir senden Ihnen die Liste auch gern zu. Wenn Sie in Ihrem Ort eine neue Regionalgruppe gründen möchten, steht Ihnen unser Bundesregionalgruppensprecher Dr. Kajo Schukalla in Münster gern zur Seite. Wir vermitteln gern den Kontakt.

Die Arbeitsmöglichkeiten in den Gruppen sind sehr vielseitig. Dazu kann Öffentlichkeits- und

Lobbyarbeit gehören genauso wie detaillierte Recherchen zu Problemen verfolgter Minderheiten, die Beteiligung an GfbV-Kampagnen oder die persönliche Begegnung mit Betroffenen.

Rufen Sie uns einfach an, wenn Sie neugierig geworden sind oder senden Sie eine E-Mail: Tel. 0551 499 06-0, info@gfbv.de.

AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN

„Achtung! Achtung! Die Wutbürger sind los.“

In ganz Deutschland wurde 2010 viel demonstriert. Die Proteste gegen Atomkraftwerke, die Umgestaltung des Stuttgarter Hauptbahnhofs und die Bildungstreiks sind wohl vielen im Gedächtnis geblieben. Der Mut und Wille seine Meinung in der Öffentlichkeit klar und lautstark zum Ausdruck zu bringen, ist wieder im Trend und wird von einer großen Bevölkerungsgruppe begeistert umgesetzt.

Diesen frischen Wind haben wir bei den Aktionen unserer Menschenrechtsorganisation gespürt und möchten uns hier, bei allen Aktivisten, Helfern und Ehrenamtlichen die uns 2010 unterstützt haben, bedanken.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker in Aktion 2010:
(eine kleine Auswahl...)

| Land | Thema | Wie |
|------------|---|---|
| Sudan | Frieden sichern im Sudan. JETZT! | Demonstration mit Sudanesen vor dem Brandenburger Tor, Berlin |
| Ägypten | Schutz & Sicherheit für die Kopten in Ägypten! | Kundgebung gemeinsam mit Kopten in Düsseldorf? Aachen? |
| Iran | SIEMENS: Keine Hilfe für Folterregime Iran! | Protest vor der Aktionärsversammlung, München |
| Türkei | Wie steht es um die Kurdenfrage? | Konferenz, Frankfurt |
| Weltweit | Indigene Sprachen sichern! | Stand bei Buchmesse, Verbreitung eines Aufklärungsreports, Leipzig |
| USA | Hilfe für Lakota-Indianer! | Bundesweite Solidaritätsabende mit Henry Red Cloud |
| Bosnien | Serbien versteckt Mladic! Gerechtigkeit für die Opfer des Krieges. | Mahnwache vor dem Prozess... |
| Sudan | Frieden im Sudan. JETZT | Stand beim Kirchentag, München |
| Sudan | Frieden im Sudan. JETZT | Öffentlichkeitsarbeit während des Africa Festivals, Würzburg |
| Niger | Schutz für die Tuareg! | Ausstellung im Klimahaus Bremerhaven |
| China | Uiguren vor Chinas langem Arm schützen! | Demonstration mit Uiguren in München |
| Frankreich | Gegen die Abschiebung von Roma! | Protest in Berlin vor der französischen Botschaft. |
| Bosnien | Europa steht in Bosniens Schuld! | Gedenkveranstaltung zum 15. Jubiläum vorm Brandenburger Tor mit anschließendem Gebet. |

Falls Sie sich nun fragen, „wie kann ich diese wertvolle Menschenrechtsarbeit unterstützen?“
Hier ein paar Ideen von uns:

1. Sie besuchen unsere Internetseite, informieren Sie sich und erzählen es weiter.
2. Sie schließen sich einer unserer Regionalgruppen an oder gründen eine neue.
3. Sie bestellen unsere thematischen Aktionspakete mit Unterschriftenlisten, Flyern und Werbematerialien und verteilen diese im Bekanntenkreis.
4. Sie beteiligen sich an unseren Menschenrechtsaktionen (z.B. in Berlin vor Regierungsgebäuden)
5. Sie unterstützen uns mit einer Spende, einmalig oder monatlich mit 6,00 € (3,00 € ermäßigt) und werden dadurch Mitglied einer internationalen Nichtregierungsorganisation.

PRESSE

Gutes Medienecho 2010

Das Presseecho auf unsere Mitteilungen, Ankündigungen, Kommentare und Erklärungen umfasst 2010 neun schwere Aktenordner. Darin hat unsere Mitarbeiterin Iris Castro die Zeitungsausschnitte archiviert, in denen der Name unserer Menschenrechtsorganisation fiel, unsere Experten interviewt wurden, aus unseren Pressemitteilungen zitiert oder über unsere Aktionen, Recherchen, Reporte und Dokumentationen berichtet wurde. Notiert haben wir darin auch Rundfunk- und Fernsehinterviews, die wir telefonisch, nach Pressekonferenzen, während unserer Aktionen oder aus aktuellem Anlass und auf Anforderung von Redaktionen im Studio gaben. Einige Male kamen Kamerateams auch extra nach Göttingen in unser Victor-Gollancz-Haus, um zu drehen, oder unsere Referenten führen in Fernsehstudios.

Insgesamt 198 Presseerklärungen, Offene Briefe, Einladungen zu Menschenrechtsaktionen oder Pressekonferenzen wurden von unserer Pressereferentin Inse Geismar 2010 verbreitet. Die meisten wurden an die Hauptredaktionen der Medien bundesweit und die in Berlin ansässigen Politikredaktionen oder Korrespondenten verschickt. Für Pressemitteilungen, die nur für bestimmte Bundesländer interessant sind, werden regionale Verteiler mit den dortigen Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen gepflegt.

Unsere themenspezifischen Presseverteiler mit Redakteuren, die sich auf einen besonderen Themenkomplex konzentrieren, konnten wir ausbauen. Denn etliche Journalisten stoßen über das Internet auf uns, „akkreditieren“ sich über unsere Homepage und lassen ihre Kontaktdaten in diese spezialisierten Gruppen einfügen. Mehrfach wurden wir auch von Korrespondenten aus dem Ausland um kritische Einschätzung der Lage vor Ort gebeten, oder Politikredaktionen in Deutschland boten uns an, für ihr Blatt einen Gastkommentar zu verfassen. Öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender, aber auch nichtkommerzielle Bürgerradios, der deutsch-, englisch-, französisch-, arabisch- oder russischsprachige Dienst der Deutschen Welle oder Sender im Ausland wie Voice of America oder BBC ließen die GfbV zu Wort kommen.

Auf unserer Homepage finden Sie im Pressecenter die Unterkategorie Pressespiegel. Dort haben wir Monat für Monat 2010 die Resonanz der Medien auf Verlautbarungen unserer Menschenrechtsorganisation erfasst.

HOME PAGE / NEUE MEDIEN

Neue Medien und „klassische“ Pressearbeit verzahnen

Im Jahr 2010 nutzte die GfbV verstärkt die Neuen Medien als Ergänzung zur klassischen Pressearbeit. Die Neuen Medien gelten als Sammelbegriff für die erweiterten Angebote des Internet, die es dem Nutzer ermöglichen, selbst aktiv zu werden. Die GfbV macht über diese neuen Kommunikationskanäle brandaktuelle Informationen über Menschenrechtsverletzungen kostenlos und vor allem schneller als mit herkömmlichen Medien möglichst schnell und effektiv einer breiten Öffentlichkeit zugänglich.

Bei Facebook, dem größten sozialen Netzwerk mit 500 Millionen Mitgliedern weltweit, ist die GfbV seit Anfang Dezember 2009 mit einem eigenen Seitenprofil vertreten. Mit kurzen Beiträgen und Hinweisen auf unsere Aktionen werden die mittlerweile fast 1.500 Mitglieder der Seite über unsere Menschenrechtsarbeit auf dem Laufenden gehalten. Die GfbV profitiert hierbei von der hohen Verbreitung eines Beitrags durch die Struktur der sozialen Netzwerke. 75.599 Mal wurden die Meldungen von unseren Mitgliedern und deren Freunden aufgerufen, die aus 19 Ländern weltweit kommen. Nicht nur die vielen Praktikanten und Ehrenamtlichen bleiben uns auf dem digitalen Weg treu: Über 50 Prozent unserer Facebook-Freunde sind älter als 35 Jahre.

In einem weiteren Online-Kommunikationskanal, dem im Tagebuchstil verfassten Weblog „GfbV Berlin – Der Blog“, informiert die GfbV mit aktuellen Beiträgen über menschenrechtliche Themen. Circa 15 Artikel werden pro Monat veröffentlicht, die im gleichen Zeitraum von 2.560 bis 4.940 Lesern aufgerufen werden. Das Medium erfreut sich wachsender Beliebtheit vor allem im Raum Berlin.

Mit Hilfe der Neuen Medien werden Informationen nicht nur verbreitet, sondern auch Unterstützer für unsere Menschenrechtsaktionen mobilisiert. Beispiel hierfür sind die E-Mail-Proteste unseres monatlichen Newsletters. Im Idealfall entsteht eine regelrechte Kettenreaktion im Netz: Einige Mitglieder erhalten unsere Informationen, verbreiten sie über Facebook oder vielleicht sogar ihren eigenen Blog weiter an ihren Freundeskreis und vergrößern so das Publikum, das Zugriff auf unsere Mitteilungen hat. So entsteht eine große Öffentlichkeit im Netz, die allein mit herkömmlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unerreichbar ist.

Homepage weiterhin Informationsmedium Nummer 1

Doch trotz der neuen Online-Möglichkeiten bleibt die Internetseite das Informationsmedium Nummer 1 im Internet. Bei den Besuchszahlen und Seitenzugriffen zeigt sich, dass die bessere Strukturierung der Internetseite sich deutlich positiv auf die Besucherzahlen auswirkte. Rund 233.825 Besucher konnte die GfbV im Jahr 2010 verzeichnen, die circa 610.882 Seiten aufrufen. Dabei blieben die beliebtesten Seiten, die gezielt zum Ein- oder Ausstieg angesteuert wurden, wie in den Jahren zuvor die Pressemitteilungen, E-Mail-Proteste, die Kategorien „Völker und Länder“ sowie „Veröffentlichungen“. Es zeugt von der internationalen Bedeutung der GfbV, dass sich Besucher in mehr als 100 Ländern auf unserer Homepage informierten.

Neben der Ergänzung zur Pressearbeit nimmt die Bedeutung der Online-Medien auch für die Mitglieder- und Spendenwerbung zu! Über unsere Homepage wurden 2010 mehr Personen Mitglied bei der GfbV als über den Postweg oder durch Veranstaltungen.

BEDROHTE VÖLKER – POGROM

Als Redaktionsleiterin koordinierte Katja Wolff die Produktion und Publikation unserer Menschenrechtszeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“.

Nach einem Heft zu Menschenrechtsproblemen der Indianer in den USA und Kanada, wie der Suche nach Atommüllendlagern auf ihrem Land, widmeten wir eine Ausgabe Krisenherden im nördlichen Afrika. Deren Themen reichen von Ägyptens verelendeten Kopten, über Äthiopiens unterdrückte Oromo, Friedenshoffnungen in Darfur und Bürgerkrieg in Somalia bis hin zur völkerrechtswidrigen Besetzung der Westsahara durch Marokko.

Mehr als ein Jahr nach den Massenprotesten im Iran beleuchteten wir in einer Ausgabe die Lage der zahlreichen Völker und Religionsgemeinschaften in der Islamischen Republik. Ein weiteres Heft setzte sich mit der Vertreibung von Ureinwohnern und ethnischen Minderheiten in Folge von Bergbau-, Plantagen- und Staudammprojekten auseinander.

Viele bekannte Autoren, Experten und Augenzeugen berichten in unserer Doppelnummer vom Krieg in Bosnien, dem Dayton-Friedensvertrag und der „Nachkriegsgeschichte“. Das Heft vermittelt einen tiefen Einblick in die komplexe Historie und heutige Situation des geteilten Landes.

1/2010 (Nr. 258)

Indianer Nordamerikas:

Kampf um Selbstbestimmung und Respekt für „Mutter Erde“

2/2010 (Nr. 259)

Verleumdet, verfolgt, vergessen – Krisenherde Nordafrikas:

Unterdrückte Völker von Somalia bis zur Westsahara

3/2010 (Nr. 260)

Iran:

Vielvölkerstaat ohne Gleichberechtigung und Glaubensfreiheit

4/2010 (Nr. 261)

Tuareg, Mapuche, Penan:

Staudämme und Gier nach Rohstoffen bedrohen Ureinwohner in aller Welt

5-6/2010 (Nr. 262-63)

Bosnien-Herzegowina:

15 Jahre „Frieden“ – und doch keine Zukunft?

PUBLIKATIONEN 2010

Viele kostenpflichtige Publikationen finden Sie gratis zum Download auf www.gfbv.de

ASIEN

- **Afghanistan:** Zur Rolle der Taliban in den nordafghanischen Provinzen Balkh und Sar-E Pol, Report Nr. 65, 10/2010, 2,50 Euro
- **China:** Nach den Unruhen von Urumtschi - Verfolgung der Uiguren hält an, Report Nr. 62, 7/2010, 6,00 Euro (auch englisch)
- **China:** 2008 - 2010: Anhaltende Menschenrechtsverletzungen in Hamburgs Partnerstadt, Report Nr. 64, 9/2010, 6,00 Euro
- **Indien:** Indiens Ureinwohner leiden unter Uranbergbau, Memorandum, 8/2010, kostenlos

AFRIKA

- **Sudan/Darfur:** Frauen in Darfur wirksam schützen, Handzettel, 4/2010, kostenlos
- **Sudan/Darfur:** Völkermord. Heute. Rettet Darfur, Faltblatt, 5/2010, kostenlos
- **Sudan/Südsudan:** S.O.S - Frieden und Menschenrechte im Südsudan in Gefahr, Faltblatt, 5/2010, kostenlos
- **Sudan/Südsudan:** Waffen schüren Gewalt und Hunger im Südsudan, Handzettel, 5/2010, kostenlos
- **Sudan/Südsudan:** Frieden im Sudan jetzt! Memorandum, 5/2010, 3,50 Euro
- **Sudan/ Südsudan/Darfur:** Frieden im Sudan jetzt! Kampagnenblatt, 6/2010, kostenlos
- **Südliches Afrika:** San und Nama: Biodiversität und Indigene Völker, Ureinwohner schützen ihr Wissen, Handzettel und Plakat, 5/2010, kostenlos

NORD-, MITTEL- UND SÜDAMERIKA

- **USA:** Village Earth: Adopt a Buffalo Kampagne, Broschüre, 2/2010, kostenlos
- **Peru:** Das Paradies der Cocama - vom Untergang bedroht, Faltblatt, 5/2010, kostenlos
- **Brasilien:** Unterschriftenliste Widerstand gegen den Belo-Monte-Staudamm (deutsch und englisch), 7/2010, kostenlos

NAHER UND MITTLERER OSTEN

- **Türkei** – nicht reif für Europa! Unterdrückung von Kurden und Christen endlich beenden! Kampagnenblatt mit Postkarte, 3/2010, kostenlos

EUROPA

- **Nordkaukasus:** Menschenrechtslage in Tschetschenien. Inguschetien. Dagestan, Memorandum, 6/2010, 2,50 Euro
- **Bosnien:** Gerechtigkeit durchsetzen, zur Versöhnung beitragen – Bosnien hofft auf unsere Hilfe! Kampagnenblatt, 8/2010, kostenlos

ÜBERGREIFENDE THEMEN

- **Westsahara/Brasilien/Bosnien/Irak** Vier aktuelle Menschenrechtsaktionen, Kampagnenblatt, 02/2010, kostenlos
- **Ohne Sprache stirbt die Kultur!** Report Nr. 63, 3/2010, 10,00 Euro
- **Ohne Sprache stirbt die Kultur,** Faltblatt, 3/2010, kostenlos

- **Bedrohte Sprachen**, Schulmaterialien, 3/2010, 2,50 Euro
- **Bedrohte Sprachen** schützen, Button, Aufkleber, Lesezeichen, kostenlos
- **Wenn die Sprache lebt, lebt die Kultur!** Plakat für die Buchmesse Leipzig, 03/2010, kostenlos
- **Raubbau an der Natur gefährdet indigenen Völker weltweit**, Memorandum zum Tag der indigenen Völker (auch englisch), 08/2010, 2,50 Euro
- **Verseuchtes Wasser – verstrahltes Land: Aktion für bedrohte Ureinwohner!**, Kampagnenblatt, Plakat, Unterschriftenliste, Herbst/2010, kostenlos
- **Verfolgung, Unterstützung, Selbstverwaltung**, Hintergrundblatt zu GfbV-Arbeitsschwerpunkten 2010, 12/2010, kostenlos
- **Jahresbericht 2009**, 09/2010, kostenlos

FINANZEN

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.

Geiststraße 7, 37073 Göttingen

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

| | 2010 Euro | 2009 Euro |
|--|---------------------|---------------------|
| Umsatzerlöse | <u>124.288,26</u> | <u>128.722,46</u> |
| Sonstige betriebliche Erträge | | |
| Spenden | 522.149,69 | 521.584,28 |
| Mitglieds- und Förderbeiträge | 648.620,38 | 655.347,32 |
| Erbschaften | 10.068,63 | 53.152,26 |
| Zuschüsse | 3.866,16 | 11.332,44 |
| Sonstige | <u>30.421,73</u> | <u>30.369,48</u> |
| | <u>1.215.126,59</u> | <u>1.271.785,78</u> |
| | 1.339.414,85 | 1.400.508,24 |
| Materialaufwand | | |
| Aufwand für bezogene Waren | <u>-88.828,51</u> | <u>-87.380,71</u> |
| | 1.250.586,34 | 1.313.127,53 |
| Personalkosten | | |
| Löhne und Gehälter | -495.075,36 | -468.248,40 |
| Soziale Abgaben | -128.579,54 | -114.440,39 |
| Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände und Sachanlagen | -27.000,37 | -31.322,16 |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen | -597.369,52 | -543.724,04 |
| | 2.561,55 | 155.392,54 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 2.392,67 | 3.750,46 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | -194,68 | -87,36 |
| Jahresüberschuss vor Veränderung noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden | 4.759,54 | 159.055,64 |
| Gewinnvortrag aus dem Vorjahr | | <u>323.803,94</u> |
| | | 482.859,58 |
| Überleitung in | | |
| Noch nicht satzungsgemäß verwendeter Spenden <i>davon freie Rücklagen € 50.000,00</i> | | -342.102,58 |
| Längerfristig gebundene Spenden | | <u>-140.757,00</u> |
| | | <u>0,00</u> |
| Verbrauch von längerfristig gebundenen Spenden | 21.147,00 | |
| Einstellung in | | |
| Noch nicht satzungsgemäß verwendeten Spenden | <u>-25.906,54</u> | |
| Jahresüberschuss | <u>0,00</u> | |

SEKTIONEN

GfbV-Bosnien-Herzegowina

GfbV-Bosnien-Herzegowina

Trampina 4 / IV,

71000 Sarajevo

Bosnien-Herzegowina

tel.: ++387 33 213 707

fax: ++387 33 213 709

e-mail: gfbv_sa@bih.net.ba, www.gfbv.ba

Im Laufe des Jahres hielten wir mehrere Treffen mit Vertretern des Europarates ab, darunter auch mit Jean Charles Gardetto, dem Berichterstatter der Kommission für Rechtsfragen und Menschenrechte beim Europarat und mit Vertretern aus dem Komitee für politische Fragen der Parlamentsversammlung des Europarats. Wir informierten die Vertreter von Europarat über zahlreiche Menschenrechtsverletzungen im Lande und wiesen auf mangelnden Zeugenschutz in Prozessen gegen Kriegsverbrechen in BiH, Probleme im Versöhnungsprozess und die ausbleibende Umsetzung des vom Europäischen Menschenrechtsgerichtshof im Fall Sejdic / Finci verabschiedeten Urteils gegen die gesetzliche Diskriminierung von Minderheiten. Die Berichte der Abgeordneten werden im Europarat vorgetragen und die Politik des Europarates gegenüber BiH definieren.

Im März organisierten wir in Srebrenica eine Konferenz, an der über die Problematik der Rückkehr nach Srebrenica und Umgebung gesprochen wurde. Die Rückkehrer wiesen darauf hin, dass sie noch immer auf die Rückerstattung ihres Eigentums warten, die Polizei ihnen häufig keinen Schutz bietet und ihre Kinder nicht selten in der Schule belästigt werden. Im Rahmen der Konferenz besuchten wir einige Rückkehrer in ihren Häusern wie auch eine kleine Nudelfabrik im Ansatz, in der einige zurückgekehrte Mütter beschäftigt werden sollen.

Gemeinsam mit Menschenrechtsorganisationen in Serbien wie dem Helsinki-Komitee, den Frauen in Schwarz, der Initiative der Jugendlichen für Menschenrechte und anderen übten wir grosse Kritik an der verabschiedeten Fassung der im Parlament Serbiens Ende März verabschiedeten Srebrenica-Deklaration, in der der in Srebrenica begangene Genozid nicht als solcher genannt und relativiert wird. Diese Deklaration bleibt ohne die Verhaftung von Ratko Mladic wertlos.

In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Politische Schönheit aus Berlin wie auch allen Sektionen der GfbV haben wir das Projekt „Säule der Schande“ initiiert und umgesetzt. In Bosnien und Herzegowina wie auch innerhalb der im Westen lebenden Diaspora sollten 8.372 Paar Schuhe gesammelt werden, die die Mindestzahl der in Srebrenica im Juli getöteten Männer repräsentieren sollte. Die Schuhe wurden am 11. Juli 2010 in Berlin als künstlerische Installation auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor ausgestellt. Mit der Unterstützung von Opfernvereinen, Medien und zahlreichen Bürgern Bosniens haben wir in kurzer Zeit mehr als 16.000 Paar Schuhe gesammelt und die breite Öffentlichkeit für diese Idee entfacht.

Wir engagierten uns intensiv für die Verbesserung der Situation der Roma in BiH. In Zusammenarbeit mit Vereinen der Roma forderten wir von den zuständigen Institutionen,

die durch den Staat BiH mitunterzeichnete Deklaration zur Roma-Dekade endlich umzusetzen und dringend die diskriminierenden Bestimmungen des Wahlgesetzes zu ändern, nach denen Roma zusammen mit anderen Minderheiten nicht für Ämter im Staatspräsidium und der Völkerkammer des Parlamentes kandidieren dürfen. Wegen der noch immer sehr schlechten Situation der Roma in BiH, vor allem bei Bildung und Beschäftigung, leisten wir Lobby-Arbeit für einige Grundschulen, darunter auch die Grundschule „Dzemaludin Causevic“ in Sarajevo, die ein Programm für Schulung von Roma-Kindern hat.

In Zusammenarbeit mit der GfbV – Schweiz und der Schweizerischen Gesellschaft für Völkerstrafrecht TRIAL haben wir gegen die schweizerische Zeitung „La Nation“ wegen Leugnung von Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in BiH eine Strafanzeige vor dem zuständigen Gericht im Kanton Waadt eingereicht. Die beiden Autoren des Artikels „Medienlynch von Serben“ Ramelet und Araujo haben darin den Genozid in Srebrenica als Pseudomassaker bezeichnet und andere planmässige Verbrechen als Erfindung abgetan, obwohl diese vom ICTY und ICJ in verschiedenen Urteilen bestätigt wurden.

Wegen der grossen Leistung und der unermüdlichen Ausdauer im Kampf für Menschenrechte und zur Stärkung der grundlegenden Prinzipien der universellen Gerechtigkeit und der Rechtsherrschaft in der multiethnischen bosnisch-herzegowinischen Gesellschaft wurde Fadila Memisevic mit dem Preis „Muradif Cato“ – der humanitären Organisation Merhamet ausgezeichnet.

In Zusammenarbeit mit Impunity Watch und der Anne Frank Stiftung aus Holland haben wir eine Zusammenarbeit am Projekt „Memorialisation“ eingeleitet. Bei diesem Projekt handelt es sich um Gedenkkultur und die Erinnerung der Opfer an Kriegereignisse wie auch die Kriegsfolgen, die aus der Nichtbestrafung der verantwortlichen Täter hervorgehen.

Den Vereinen der Srebrenica-Mütter, die eine Klage gegen Carla del Ponte wegen der Vernichtung der Beweismaterialien aus den Srebrenica-Massengräbern einreichen werden, gaben wir grosse Unterstützung. Die Mütter fordern Sanktionen gegen die ehemalige Chef-Anklägerin des ICTY und ihre Mitarbeiter, die ohne Absprache mit den überlebenden Genozidopfern etwa 1.000 Beweisstücke aus Massengräbern vernichtet haben. Die meisten der Mütter und Angehöriger der Opfer haben keinerlei Andenken an ihre Söhne, Väter, Brüder und Ehemänner, die im Juli 1995 von Mladics Truppen getötet wurden. Wir helfen den Vereinen der Srebrenica-Mütter mit Kontakten und der Vorbereitung der Klage und unterstützen ihre Forderungen in der Öffentlichkeit.

Auch in diesem Jahr gaben wir zahlreichen Medien im In- und Ausland Interviews und Aussagen zur Situation in BiH, darunter z.B. auch Elle, Le Monde, BBC, PBS und anderen.

GfbV-Schweiz

GfbV-Schweiz
Schermenweg 154
CH-3072 Ostermundigen
Tel. +41 (0)31 939 00 00
Fax +41 (0)31 939 00 19
E-Mail info@gfbv.ch

Unter Geschäftsleiter Christoph Wiedmer führte die GfbV-Schweiz 2010 mit Projekten in Afghanistan, Kongo, Kosovo und für Tschetschenien für den Schutz der Menschenrechte durch. Workshops u.a. in Kabul sollten zur Verbesserung des Projektmanagements afghanischer Menschenrechtsorganisationen beitragen. Im Kongo können Pygmäen vermehrt dank des GfbV-Einsatzes über die Nutzung ihres Waldes mitentscheiden. Im Kosovo wurde für junge Roma-Sozialarbeiter und -Lehrer ein Workshop durchgeführt. Dank des jahrelangen GfbV-Engagements konnten dort zudem 48 vertriebene Roma-Familien aus bleiverseuchten Lagern endlich in ihr Wohnviertel in Mitrovica umziehen. Die Schweizer GfbV-Sektion finanzierte die Reise unserer Repräsentantin Rebecca Sommer zu einem Häuptlingstreffen ins Amazonasgebiet Brasiliens. Dort wehren sich die Indianer gegen das Staudammprojekt Belo Monte. Die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien wurde fortgesetzt.

Eine Tuareg-Sprecherin aus Niger berichtete auf Einladung der GfbV-CH über Auswirkungen des Uran-Abbaus auf einem Kongress der Ärzte gegen den Atomkrieg in Genf. Zusammen mit Amnesty International erreichte die Schweizer Sektion, dass zwei von Abschiebung nach China bedrohte Uiguren in der Schweiz bleiben durften. Sie nahm tamilische Flüchtlinge in Schutz, die nach Sri Lanka zurückkehren sollten, und unterstützte die junge Tamilenorganisation Swiss Council for Eelam Tamil bei ihrem Einsatz für mehr Selbstbestimmung ihrer unterdrückten Volksgruppe. Am Föderalismusinstitut Fribourg veranstaltete die GfbV-CH mit Minderheitenvertretern aus dem Iran ein Föderalismusseminar.

GfbV-Südtirol/Italien

GfbV-Südtirol
Via Marconi 5 – CP/PF 233
I-39100 Bozen/Bolzano
Tel./Fax +39 0471 972240
E-Mail: info@gfbv.it

Zu Beginn des Jahres 2010 lud die GfbV-Südtirol die uigurische Menschenrechtlerin Rebiya Kadeer nach Bozen ein. Ihr Vortrag an der Europäischen Akademie EURAC über die Verfolgung der Uiguren in China erzielte ein gutes Medienecho. Mauro di Vieste und Sabrina Bussani berichteten für die GfbV dann auf mehreren Konferenzen über die Menschenrechtsslage in China. Als der chinesische Menschenrechtsaktivist Liu Xiaobo den Friedensnobelpreis erhielt, stellten sie mit dem Filmclub Bozen die Charta 08 vor. An diesem Manifest für politische Reformen und die Demokratisierung Chinas hat Xiaobo mitgearbeitet.

Gemeinsam mit dem Sinti-Verband Nevo Drom gestaltete unser Bozener Team die **Sinti / Roma-Tage** mit Diskussionen, Live-Konzerten, Kulinarischem und der Erstaufführung des Films der Roma-Regisseurin Laura Halilovich.

Einen Schwerpunkt bildete 2010 der Einsatz für indigene Gemeinschaften. So wurde eine zweisprachige Info-Broschüre für die GfbV-Ausstellung "**Mapuche – Reise zu den Menschen der Erde**" mit Bildern des Fotografen Massimo Falqui Massidda aus Chile erarbeitet. Eine indianische Delegation aus Brasilien informierte auf einer GfbV-Veranstaltung über die zerstörerischen Auswirkungen des Flussumleitungsprojektes Transposição und bat um Unterstützung des Widerstands. An Schulen hielten die GfbV-Mitarbeiter Vorträge über **Indigene und Klimawandel in der Arktis**. Sie gestalteten auch eine Unterrichtsstunde zu Menschenrechtsverletzungen und Bodenschatzabbau.

Die Bedrohung von Ureinwohnern durch Ressourcenabbau war auch Thema der Ausgabe unserer Zeitschrift pogrom-bedrohte Völker, die die Südtiroler auf Italienisch veröffentlichten. Sie begleiteten zudem die Entstehung von zwei Büchern über den Völkermord in Bosnien und in Rwanda. Meistgeklickte Themen auf ihrer Homepage waren Sinti und Roma, Burma, China und Klimawandel.

